



EMMA MOORE/DIE POSAUNE

Trumps Treffen mit Netanjahu, weitere Strafzölle angekündigt, Deutschland plant neue Wehrpflicht

- Richard Palmer
- [08.07.2025](#)

Wieder einmal geht es nur um den Frieden. Präsident Trump setzt sich für den Frieden im Nahen Osten ein. Im Gegensatz zu dem, wie er heute gesehen wird, war Neville Chamberlain ein knallharter Geschäftsmann (der auch ein großer Fan von Zöllen war – eine weitere Verbindung zu den heutigen Nachrichten). Die Art und Weise, wie er sich von Adolf Hitler benutzen ließ, ist eine eindringliche Warnung für Präsident Trump im Umgang mit bösen Regimen auf der ganzen Welt.

Frieden, Frieden – kein Frieden? Das gestrige Treffen mit US-Präsident Donald Trump scheint für den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu weitaus besser verlaufen zu sein, als die meisten erwartet hatten. Es wurde allgemein erwartet, dass Trump Druck auf Netanjahu ausüben würde, um ein Waffenstillstandsabkommen im Gazastreifen zu akzeptieren. Die meisten Inhalte des Treffens sind noch nicht veröffentlicht worden, aber es sieht so aus, als ob keine solche Vereinbarung getroffen wurde. Die große Neuigkeit des Treffens kommt stattdessen von einer unerwarteten Ankündigung, die Netanjahu bei einem Abendessen machte, das für die Presse zugänglich war: „Ich möchte Ihnen den Brief vorstellen, den ich an den Nobelpreis geschickt habe. Es nominiert Sie für den Friedenspreis, der wohlverdient ist und den Sie bekommen sollten.“

Als er über den Tisch nach dem Brief griff, antwortete Trump: „Wow. Ich danke Ihnen vielmals. Das habe ich nicht gewusst. Wow. Ich danke Ihnen vielmals. Vor allem, wenn es von Ihnen kommt, ist das sehr bedeutsam, Bibi.“

Der Brief lautet:

Präsident Trump hat ein unerschütterliches und außergewöhnliches Engagement für die Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Welt gezeigt. Im Nahen Osten haben seine Bemühungen zu dramatischen Veränderungen geführt und neue Möglichkeiten geschaffen, den Kreis des Friedens und der Normalisierung zu erweitern.

Zu diesen Errungenschaften gehört vor allem die entscheidende Rolle von Präsident Trump bei der Ermöglichung des Abraham-Abkommens. Diese bahnbrechenden Abkommen begründeten formelle diplomatische Beziehungen zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten, darunter die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Marokko. Diese Durchbrüche haben den Nahen Osten neu gestaltet und einen historischen Fortschritt in Richtung Frieden, Sicherheit und regionale Stabilität markiert. Präsident Trumps Vision und kühne Führung förderten eine innovative Diplomatie, die nicht von Konflikten und Extremismus, sondern von Zusammenarbeit, Dialog und gemeinsamem Wohlstand geprägt ist.

Netanjahu erwähnte weder die Bemühungen von Präsident Trump um einen Waffenstillstand im Gazastreifen noch den Konflikt um das iranische Atomprogramm oder die gescheiterte Vermittlung zwischen Russland und der Ukraine.

Es sieht so aus, als ob Netanjahu sprichwörtlich einer Kugel ausgewichen ist, indem er dem Präsidenten geschmeichelt hat. Aber da der Gaza-Krieg weitergeht und Präsident Trump immer ungeduldiger wird, könnte die Frage der Erzwingung eines Waffenstillstands wieder aufkommen.

Präsident Trump hat in seinen gestrigen Briefen an die Staaten Zölle angekündigt, die denen vom April weitgehend entsprechen. Die Botschaft ist, dass Präsident Trump nicht von seinen Zöllen abrückt, aber er wird die Dinge verzögern, um Verhandlungen zu ermöglichen. Die Zölle sind auf den 1. August verschoben worden. Auf die Frage, wie fest diese Frist sei, antwortete Trump: „Ich würde sagen fest, aber nicht 100 Prozent fest“.

Die meisten Länder, die Zollbriefe erhielten, lagen in Ostasien.

- Japan drohen Zölle in Höhe von 25 Prozent (im April hieß es 24 Prozent).
- Südkorea, 25 Prozent (gleichbleibend wie im April)
- Südafrika, 30 Prozent (gleichbleibend wie im April)
- Indonesien, 32 Prozent (gleichbleibend wie im April)

Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, sagte, dass weitere Briefe folgen würden.

Kurzfristig scheinen diese Zölle dringend benötigte Einnahmen zu bringen, um einen Teil der Ausgaben im One Big, Beautiful Bill auszugleichen. Auf lange Sicht sollten Sie darauf achten, dass die [Nationen](#) Handelskriege nutzen, um die Vereinigten Staaten zu stürzen.

Deutschland plant neue Wehrpflicht und große Panzerbestellung: Nach einem Gesetzesentwurf, der dem *Spiegel* vorliegt, könnte die Wehrpflicht in Deutschland im Jahr 2027 beginnen, wenn sich nicht genügend Freiwillige melden und die Sicherheitslage dies erfordert. In dem 50-seitigen Dokument heißt es, der Bundestag behalte sich die Entscheidung vor, wenn die verteidigungspolitische Lage „einen kurzfristigen Aufwuchs der Streitkräfte zwingend erfordert, der auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist.“

Wenn der Entwurf im Kabinett Zustimmung findet, könnte der Bundestag das Gesetz rechtzeitig verabschieden, damit der neue Wehrdienst Anfang 2026 eingeführt werden kann. Zunächst werden alle jungen Menschen, die nach dem 31. Dezember 2007 geboren sind, gebeten, einen Fragebogen auszufüllen, um ihre Bereitschaft und Eignung für den Militärdienst zu ermitteln. Nach Schätzungen der Bundeswehr werden jährlich etwa 300 000 junge Männer unter die neue Verpflichtung fallen. Die Regierung hofft, dass der Fragebogen und die zusätzlichen Anreize mehr Freiwillige anziehen werden.

Dies wiederum gibt der Regierung ein Jahr Zeit, um zu prüfen, ob eine Wehrpflicht notwendig ist, die ab 2027 durchgesetzt werden könnte.

In der Zwischenzeit erwägt Deutschland die Beschaffung von bis zu 2500 gepanzerten Kampffahrzeugen und 1000 Kampfpanzern, so Quellen, die von Bloomberg am 4. Juli zitiert wurden. Der Auftrag soll dazu dienen, sieben Kampfbrigaden auszurüsten, nachdem die NATO Deutschland aufgefordert hat, innerhalb des nächsten Jahrzehnts mehr zu den Streitkräften der Allianz beizutragen. Nach Angaben von Reuters werden die Einheiten jeweils 5 000 Soldaten haben. Aus diesem und anderen Gründen geht Verteidigungsminister Boris Pistorius davon aus, dass die Bundeswehr zusätzlich 60 000 aktive Soldaten benötigt.

Deutschland ist das bevölkerungsreichste Land Europas und verfügt über die größte Wirtschaft und den größten Militärhaushalt. Es hat auch eine Geschichte des Anzettels von Kriegen. *Posaune* Chefredakteur Gerald Flurry stellt [„Deutschlands erstaunlicher militärischer Aufstieg“](#) in die richtige historische und prophetische Perspektive.

Norman Tebbit, ein wichtiger Unterstützer der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, ist gestern Abend im Alter von 94 Jahren gestorben. Er war ein verbissener Kämpfer für Reformen der freien Marktwirtschaft und trug dazu bei, dass Großbritannien sein gefährliches Experiment mit dem Sozialismus in den 1970er Jahren beenden konnte.

Lord Tebbit, ein ehemaliger RAF- und Flugzeugpilot, zog 1970 ins Parlament ein. Er war Junior-Handelsminister, Arbeitsminister, Minister für Handel und Industrie und dann Vorsitzender der Konservativen Partei, alles unter Baroness Thatcher. Seine Offenheit und seine Bereitschaft, für seine Überzeugungen einzustehen, führten dazu, dass er oft als „Nasty Norman“ dargestellt wurde. Aber wie der *Telegraph* schrieb: „Tebbit sprach oft von seinem starken moralischen Kodex, und trotz seines ätzenden Tons und seiner scheinbaren Härte war er ein mitfühlender, selbstloser Mann.“ Er wurde 1992 zum Peer auf Lebenszeit ernannt und sprach sich im Oberhaus gegen die Europäische Union, Einwanderung und Homosexualität aus.

Im Jahr 1984 wurde er fast getötet, als die IRA während des Parteitags der Konservativen das Grand Hotel in Brighton bombardierte. Seine Frau blieb dauerhaft verletzt zurück, und schließlich zog er sich aus der Politik zurück, um sich um sie zu kümmern. Der Bombenanschlag ist eines der großen „Was wäre wenn“ der modernen britischen Geschichte. Ohne ihn hätte Lord Tebbit ein weitaus besserer Nachfolger für Baronin Thatcher sein können als John Major es war. Unter seiner Führung hätte Großbritannien vielleicht nie den Vertrag von Maastricht unterzeichnet, sich Europa angenähert, sich während des Jahrzehnts der Herrschaft von Tony Blair in die Abhängigkeit einer großen Regierung und der Wohlfahrt begeben oder eine

Massenmigration erlebt.

„Er war ein instinktiver Thatcherit, lange bevor der Begriff erfunden wurde“, schrieb Simon Heffer. „Er betrachtete den Sozialismus als eine Art Krankheit. ... Er war genau der Typ, der die Straße überqueren würde, um sich zu streiten, aber nur für eine gute Sache. Als Teil einer politischen Klasse, die auf ihre Sprache achtete und mit Bedacht sprach, war er eine glorreiche Ausnahme.“

In Jesaja 3 sagt Gott, dass er „Helden und Kriegersleute, Richter und Propheten, Wahrsager und Älteste, Hauptleute und Vornehme, Ratgeber und Weise, Zauberer und kluge Beschwörer.“ wegnimmt. Es bleiben ihnen „Knaben“ als ihre „Fürsten... und Mutwillige sollen über sie herrschen.“

Ich kann nicht umhin, mich zu fragen, ob Lord Tebbit einer dieser mächtigen, ehrenhaften und wortgewandten Führer ist, die aus dem Weg geräumt wurden.

IN ANDEREN NACHRICHTEN

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war am Wochenende Ehrengast bei den Feierlichkeiten zum litauischen Nationalfeiertag und unterstrich damit die engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die in Litauen die erste ständige ausländische Militärbasis Deutschlands beherbergen.

Der wichtigste russische Wahlbeobachter Golos hat heute angekündigt, dass er seine Tätigkeit einstellen wird nachdem sein Co-Vorsitzender Grigorij Melkonyants zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. „Die Gerechtigkeit siegt leider nicht immer – sie muss erkämpft werden“, sagte Golos in einer Erklärung. „Und es besteht immer das Risiko, zu verlieren. So ist es dieses Mal ausgegangen. Auf Wiedersehen.“ Dies ist der jüngste Beweis für [den Tod der Demokratie in Russland](#).

Die Spannungen in Europa nehmen zu, als polnische Grenzschrützer beginnen, an den Grenzen zu Deutschland und Litauen zu patrouillieren. Das Reisen in Europa sollte ohne Grenzen möglich sein, aber das ist nicht mehr der Fall. Unterdessen streiten sich Deutschland, Frankreich und Spanien über ihre Pläne, gemeinsam einen Kampfjet der nächsten Generation zu entwickeln. Frankreich verlangt absurderweise, dass es 80 Prozent des Projekts kontrolliert. Es ist eine Erinnerung daran, dass die Bibel zwar einen europäischen Superstaat prophezeit, aber darauf hinweist, dass es dazu einer Krise bedarf – und dass es nie ganz frei von dieser Art von nationalen Streitigkeiten sein wird.